

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2017



Pressefreiheit:

Journalist*innen weltweit unter Druck



AMNESTY
INTERNATIONAL



Editorial

Am 1. Mai ist der Tag der Arbeit und am 3. Mai der Tag der Pressefreiheit. Gerade Journalist*innen werden weltweit verfolgt, weil sie im Rahmen ihrer Arbeit Missstände aufdecken, Menschenrechtsverletzungen aufzeigen und die Menschen mit wichtigen Informationen versorgen. Wir wollen mit dieser Ausgabe auf die gefährliche Situation von Journalist*innen aufmerksam machen. Denn gerade dieser Beruf ist zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie von ungemeiner Bedeutung.

Diese Aussendung möchten wir allerdings auch zum Anlass nehmen, Sie herzlich dazu einzuladen, uns bei der Menschenrechtsarbeit zu unterstützen. Im Rahmen der Kampagne #RestartYourHeart machen wir auf die Situation von Flüchtlingen aufmerksam und rufen zu einem Neustart des Aktivismus auf. Wir müssen in Zeiten der Menschenfeindlichkeit und des Geizes gemeinsam für die Menschenrechte eintreten. Dazu bedarf es jede und jeden Einzelnen von uns.

Helfen Sie mit. Wie jedes Jahr, haben wir Aktionen vorbereitet und laden Sie ein, sich für Aktivist*innen einzusetzen, indem Sie die beiliegenden Briefe unterzeichnen und an die zuständigen Behörden schicken. Natürlich freuen wir uns, wenn Sie mit uns in Kontakt treten und bei uns persönlich mitarbeiten.

Wir danken für Ihren Einsatz.

*Das Team des Netzwerks
Arbeit, Wirtschaft und soziale
Rechte*

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale
Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
© Fotos: Amnesty International
Eigene Herstellung, April 2017

JOURNALISMUS IST GEFÄHRLICH

Weltweit werden Journalist*innen willkürlich eingeschüchtert, drangsaliert, verhaftet, eingesperrt, gefoltert oder misshandelt. Sie werden ins Gefängnis geworfen oder getötet, nur weil sie unliebsame Fragen stellen oder eine Meinung vertreten, die nicht auf Parteilinie ist.

Hier einige Beispiele aus dem Amnesty International Jahresbericht 2016/2017.

Journalist*innen leben in vielen Ländern gefährlich. Doch nirgendwo sind so viele in Haft wie in der **Türkei**. Derzeit sind es mehr als 120. Dies hat das „Komitee zum Schutz von Journalisten“ aktuell dokumentiert. Damit sitzt ein Drittel aller inhaftierten Medienschaffenden weltweit in der Türkei in Haft, die meisten warten noch auf ihr Verfahren.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung in **Afghanistan**, das nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 zunächst gewährt worden war, wurde immer weiter eingeschränkt. Besonders deutlich wurde dies angesichts gewaltsamer Angriffe, systematischer Einschüchterungen und Tötungen von Journalist*innen. Die afghanische Organisation zur Unterstützung der Medien *Nai* dokumentierte zwischen Januar und November 2016 insgesamt 114 Attacken auf Journalist*innen, Medienschaffende und Redaktionen, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren begangen wurden. Dazu zählten Drohungen, Prügelattacken, Festnahmen, Tötungen, Brandstiftungen und andere Formen von Gewalt.

Seit 2014 geht die Regierung in **Bangladesh** verstärkt gegen unabhängige Medien vor. Allein 2016 sind mindestens drei weitere hochrangige Redakteure wegen „Aufwiegelung“ oder „Diffamierung“ angeklagt worden.

In **Mexiko** wurden Journalist*innen weiterhin bedroht, drangsaliert, angegriffen und getötet. Mindestens 11 Journalist*innen wurden 2016 getötet. Der Mechanismus für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen (*Mecanismo de Protección para Personas Defensoras de los Derechos Humanos y Periodistas*), der der Bundesregierung untersteht, litt unter Ressourcenmangel und unzureichender Koordination, sodass Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen bisher noch keinen angemessenen Schutz erhielten.

Journalist*innen in **Simbabwe** müssen mit willkürlichen Festnahmen, Inhaftierungen und strafrechtlicher Verfolgung rechnen, insbesondere wenn sie über Proteste berichten. Das Media Institute of Southern Africa (MISA) zählte Angriffe auf 32 Journalist*innen zwischen Jänner und September 2016.

Auch in der **EU** wird das Klima für Journalist*innen rauer: Im Juli 2016 trat in **Polen** das Gesetz über einen Nationalen Medienrat in Kraft. Das Gremium entscheidet über die Ernennung und Abberufung des Führungspersonals und der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Medien. Die Zusammensetzung und die Abstimmungsmodalitäten des Rates ermöglichen es der Regierungspartei, die Entscheidungen des Gremiums zu kontrollieren.

Die faktische Kontrolle der Regierung über die öffentlichen Medien führte zu Einschränkungen der Pressefreiheit. Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen wurde Polen 2016 von Rang 18 auf Rang 47 von 180 Staaten herabgestuft. Nach Angaben der polnischen Journalistengewerkschaft *Towarzystwo Dziennikarskie* waren bis zum Jahresende 216 Journalist*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen öffentlich-rechtlicher Medien entlassen, zur Kündigung gezwungen oder auf unbedeutende Posten versetzt worden.

Im Oktober 2016 stellte in **Ungarn** die regierungskritische Zeitung *Népszabadság* überraschend ihr Erscheinen ein. Alle Journalist*innen, die für die Zeitung arbeiteten, wurden entlassen. Die Schließung erfolgte einige Tage vor dem Verkauf des Unternehmens an einen der Regierung nahestehenden Geschäftsmann.

#RestartYourHeart

Noch nie zuvor waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und bewaffneten Konflikten. Laut UNHCR waren im Jahr 2015 16,1 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Im Jahr 2011 waren es noch 10,4 Millionen Personen. Bis Mitte 2016 stieg die Zahl noch auf 16,5 Millionen Menschen an. [1]

Eine kleine Zahl an – wirtschaftlich schlecht gestellten Staaten – übernimmt einen Großteil der Verantwortung ganz einfach, weil sie regional nahe an den großen Krisenherden liegen und sind damit zunehmend überfordert: So befanden sich Mitte 2016 in der Türkei 2,7 Millionen, in Pakistan 1,6 Millionen und im Libanon 1 Million Flüchtlinge. Dagegen sind die Flüchtlingszahlen in Europa vergleichsweise harmlos.

Diese Situation zeigt die Notwendigkeit der internationalen Solidarität der Staatengemeinschaft, um die Flüchtlingskrise zu lösen.

Amnesty International fordert im Rahmen der Kampagne #RestartYourHeart

- regelmäßige Resettlement-Programme,
- Erleichterung von Familienzusammenführung und
- Studierenden-Visa und humanitäre Visa.

Auch Österreich muss seiner Verpflichtung nachkommen und darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Um das gegenwärtige Flüchtlingsdrama im Mittelmeer beenden zu können, müssen legale Wege geschaffen werden, nach Europa zu kommen. Statt schutzsuchende Personen abzuwehren, müssen Geld und Ressourcen in Maßnahmen für deren Sicherheit investiert werden.



Auch das Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte nimmt an dieser Kampagne teil. Wir können nur dann glaubwürdig für soziale und wirtschaftliche Rechte eintreten, wenn wir Menschen auf der Flucht aufnehmen und integrieren.

[1] <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html>

Erfolge

Usbekistan: Muhammad Bekzhanov ist frei!

Der usbekische Journalist Muhammad Bekzhanov wurde am 22. Februar nach 17 Jahren in Haft freigelassen. Seine Verurteilung



folgte auf ein unfaires Verfahren und schwere Folter, als Vergeltung für seinen politischen Aktivismus wurde die Haftstrafe immer wieder willkürlich verlängert. Zum Zeitpunkt seiner Freilassung war Bekzhanov weltweit einer der am längsten inhaftierten Journalisten.

Aserbaidshon: Khadija Ismayilova ist frei!

Am 25. Mai 2016 wurde die Investigativjournalistin Khadija Ismayilova auf Bewährung freigelassen. Sie war im September



2015 zu einer 7,5 jährigen Haftstrafe verurteilt worden, weil sie in den letzten Jahren immer wieder von Korruptionsfällen im Dunstkreis der Präsidentenfamilie berichtet hatte. Jahrelang wurde Khadija Ismayilova von den Behörden deswegen drangsaliiert und eingeschüchert. Das Urteil beruhte auf politisch motivierten Anklagepunkten (u.a. Veruntreuung und Steuerhinterziehung), die darauf abzielten, die unerschrockene Journalistin zum Schweigen zu bringen.

Ruanda: John Ndabaras aufgetaucht

Der Journalist John Ndabaras, der seit dem 7. August 2016 vermisst wurde, ist in der ruandischen Hauptstadt Kigali aufgetaucht und sprach am 6. März 2017 mit lokalen Medien.



John Ndabaras, ein Journalist und preisgekrönter Sänger, wurde seit 7. August 2016 vermisst. Ein Freund berichtete, dass John Ndabaras ihm etwa zur Zeit seines „Verschwindens“ eine SMS geschickt hatte, in der er ihm mitteilte, dass er auf dem Weg nach Uganda sei. Seine Familie glaubte jedoch nicht, dass er das Land verlassen hatte. Am 30. August 2016 kündigte die Polizei die Aufnahme von Ermittlungen an.

Es war nicht bekannt, ob sein „Verschwinden“ mit seiner Arbeit als Journalist oder mit den familiären Beziehungen zu seinem Schwager, Joel Mutabazi, zu tun hatte. Joel Mutabazi ist der ehemalige Personenschützer von Präsident Kagame und verbüßt eine lebenslange Haftstrafe wegen Verrats. Nachdem er aus Uganda abgeschoben worden war, wo er als anerkannter Flüchtling gelebt hatte, wurde er in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen Verrats schuldig gesprochen.

Aktionen zum 1. Mai

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an Appellaktionen zugunsten verfolgter Journalist*innen teilzunehmen. Appellbriefe liegen bei.

Russland/Usbekistan: Khudoberdi Nurmatov



Khudoberdi Nurmatov, Journalist und Aktivist, musste 2009 aus Usbekistan fliehen, nachdem er von Angehörigen des usbekischen Geheimdienstes inhaftiert und gefoltert worden war, als er sich weigerte, im Geheimen mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Er beantragte in Russland Asyl und lebt und arbeitet in Moskau, doch am 16. März 2017 wurde er von der Polizei festgenommen und wegen Verwaltungsstraftaten im Zusammenhang mit seinem Einwanderungsstatus angeklagt. Er läuft Gefahr, in einem Schnellverfahren nach Usbekistan abgeschoben zu werden, wo ihm Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Khudoberdi Nurmatov schreibt für die unabhängige Zeitung Novaia Gazeta unter dem Pseudonym Ali Feruz und behandelt Themen wie die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Rechte von Flüchtlinge und Migrant*innen aus Zentralasien. Seit 2015 engagiert er sich bei Amnesty International.

Fordern Sie die russischen Behörden dazu auf, Khudoberdi Nurmatov den Flüchtlingsstatus in Russland zu gewähren! Unterschreiben Sie den Appellbrief.

Vereinigte Arabische Emirate: Tayseer al-Najjar



Der jordanische Journalist Tayseer al-Najjar wurde am 15. März 2017 wegen eines Facebook Postings zu 3 Jahren Haft und 500.000 Dirham (ca. €128.000) Geldstrafe verurteilt. Nach seiner Haft soll er nach Jordanien deportiert werden.

Tayseer al-Najjar arbeitet als Kulturjournalist für die Zeitung al-Dar in Abu Dhabi. Er wurde offiziell wegen „Veröffentlichung von Informationen“ in seinem Facebook-Account im Jahr 2014 „mit dem Ziel den Ruf und das Prestige des Emiratstaats zu schädigen“ angeklagt. In diesem Kommentar lobte er den palästinensischen Widerstand in Gaza und kritisierte Länder, darunter auch die VAE. Er streitet eine „Beleidigung“ der VAE ab.

Amnesty International fordert seine bedingungslose Freilassung, da er sich nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung in Haft befindet.

Fordern Sie die Freilassung von Tayseer al-Najjar! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.

Türkei: Journalist*innen in Haft

Wie das „Komitee zum Schutz von Journalisten“ aktuell dokumentierte, sind in der Türkei die meisten Journalist*innen inhaftiert. Ein Drittel aller inhaftierten Medienschaffenden weltweit sitzt in der Türkei in Haft, die meisten warten noch auf ihr Verfahren. Einige müssen schon seit Monaten in türkischen Gefängnissen ausharren.



Der prominenteste Journalist ist der Türkei-Korrespondent der Tageszeitung "Die Welt" Deniz Yücel. Er sitzt seit März 2017 in Untersuchungshaft. Die Vorwürfe gegen den 43-Jährigen lauten: Propaganda für eine terroristische Vereinigung und Aufwiegelung der Bevölkerung. Theoretisch könnte Deniz Yücel nach geltendem türkischem Recht bis zu fünf Jahre in Untersuchungshaft gehalten werden.

Der unabhängige Journalismus steht in der Türkei am Abgrund. Die Angst, im Gefängnis zu landen, ist deutlich spürbar: In Zeitungskolumnen und Diskussionssendungen werden nur noch selten Widerspruch oder stark abweichende Meinungen geäußert.

Fordern Sie die Freilassung von Journalist*innen in Untersuchungshaft! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.

Eren Keskin von Haft bedroht

Seit Jahrzehnten setzt sich die engagierte Anwältin und ehemalige Zeitungsherausgeberin Eren Keskin für die Menschenrechte, insbesondere für Minderheiten und gegen sexuelle Gewalt an Frauen, ein. 2001 erhielt sie den Menschenrechtspreis von Amnesty International Deutschland.



Wegen ihres mutigen Einsatzes wird sie dauerhaft verfolgt. Mehr als 100 Mal stand sie als Angeklagte vor Gericht; sie wurde auch mehrmals verurteilt. 1995 verbüßte sie eine sechsmonatige Haftstrafe, weil sie in einem Artikel von „Kurdistan“ sprach.

Ihre jüngste Verurteilung 2014 geht auf eine ihrer Reden im Jahr 2004 zurück. Damals hatte sie die Ermordung eines 12-jährigen Buben durch die Armee öffentlich angeprangert.

Eren Keskin ist in Gefahr, jederzeit verhaftet zu werden und aufgrund der vielen anhängigen Verfahren für längere Zeit in Haft zu kommen.

Fordern Sie das Recht auf freie Meinungsäußerung! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.